

Razzia war unverhältnismäßig

Wien. Die Razzia im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) und bei BVT-Mitarbeitern bringt Österreichs Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) in Bedrängnis. Das Oberlandesgericht entschied, dass die Hausdurchsuchungen im Februar wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs bis auf eine unverhältnismäßig waren. Die vermuteten Beweismittel hätten sich auch durch Amtshilfe beschaffen lassen, so das Gericht. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) will nach Angaben vom Dienstag nun prüfen, wie mit den Ergebnissen der Ermittlungen umzugehen ist, die auf Basis der Durchsuchungen gewonnen wurden. Die Opposition von SPÖ und Grünen forderte Kickl zum Rücktritt auf. *dpa*

„Ramstein bewegt noch immer“

Ramstein. Die Flugkatastrophe von Ramstein im Jahr 1988 ist aus Sicht der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) tief im Gedächtnis des Landes verankert. „Es bewegt uns auch nach 30 Jahren noch immer. Deswegen wollen wir den Opfern und ihren Angehörigen heute sagen, dass wir in Gedanken bei ihnen sind“, sagte Dreyer am Jahrestag des Unglücks bei einem Gedenkgottesdienst in Ramstein. Am 28. August 1988 war es während einer Flugschau auf der US-amerikanischen Air Base in Ramstein bei Kaiserslautern zur Kollision dreier Flugzeuge einer italienischen Kunstflugstaffel gekommen. Der Absturz forderte 70 Tode, Hunderte Menschen wurden schwer verletzt. *kna*

Macron verliert Umweltminister

Paris. Rückschlag für Frankreichs Präsident Emmanuel Macron: Sein beliebter Umweltminister Nicolas Hulot tritt zurück. Der 63-Jährige sagte am Dienstag im Radiosender France Inter, er habe sich bei Themen wie Klima- und Artenschutz in der Regierung auf einsamem Posten gefühlt. Umweltschützern zufolge verliert Deutschland damit den wichtigsten Mitsprecher im Ringen um die Schließung baufälliger Atomkraftwerke an der Grenze. „Es ist eine Entscheidung der Aufrichtigkeit und der Verantwortung“, sagte Hulot. Er habe sich im ersten Amtsjahr „völlig alleine“ gefühlt. Der Klimawandel sei für ihn „die schlimmste Herausforderung, die die Menschheit je gesehen hat“. *afp*

Gebeine an Namibia übergeben

Berlin. Am Mittwoch gibt Deutschland in der Kolonialzeit außer Landes gebrachte menschliche Überreste an Namibia zurück. Es handelt sich um die dritte Übergabe dieser Art. Namibia war unter dem Namen Deutsch-Südwestafrika von 1884 bis 1919 deutsche Kolonie. Während dieser Zeit wurden die Einheimischen ausgebeutet und unterdrückt. Besonders brutal gingen deutsche Truppen von 1904 bis 1908 gegen einen Aufstand der um ihren Landbesitz kampfenden Herero und Nama vor. Das Geschehen mit Zehntausenden Toten bezeichnet Wissenschaftler und Politiker inzwischen übereinstimmend als Völkermord. Offen ist weiter die Frage, ob es in den USA zu einem Verfahren gegen Deutschland kommt. *kna*

Informationsfreiheit: Journalisten klagen

Karlsruhe/Düsseldorf. Zwei Journalisten haben vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde gegen Einschränkungen der Informationsfreiheit eingeleitet. Konkret gehe es um die Frage, wann einmal durch das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) gewährte Rechte durch Vorschriften wieder zurückgenommen werden dürfen, teilten die Landesverbände NRW und Hamburg des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) am Dienstag mit. Die Journalistengewerkschaft unterstützt die Klage der beiden Journalisten Daniel Drepper und Niklas Schenck, die Anfang August in Karlsruhe eingereicht wurde. Drepper und Schenck hatten 2011 als freie Journalisten zur staatlichen Förderung der deutschen Sportverbände recherchiert und vom Bundesinnenministerium die Herausgabe von Dokumenten nach dem IFG verlangt. Das Ministerium stellte zwar Akten zur Verfügung, hielt jedoch auch einige Dokumente zurück. *epd*

„Gewisse Erbschaft der DDR“

Interview Der Politologe Hans Vorländer sagt, der Osten erwarte viel von der Politik – und zugleich traue er ihr nicht

Hooligans und Rechtsextreme, alte und neue Nazis und besorgte Bürger: Woraus setzt sich der Mob zusammen, der in Chemnitz Migranten jagte? Der Dresdner Politologe rät zur Differenzierung, – und bezweifelt im Gespräch mit Cornelia Barthelme, ob zumindest die Bürger wissen, was Demokratie ist.

Müssen wir uns, Herr Professor Vorländer, eigentlich nur besorgte Bürger ab sofort als Ausländer jagende Sachsen vorstellen?

HANS VORLÄNDER: Man muss da differenzieren: In Sachsen ist eine rechtsextreme Struktur entstanden, die sich in Chemnitz auch mit dem Fußball verbindet. Diesen gewaltbereiten Gruppierungen gelingt es, über die Frage Ausländer und Migration Teile der Bürgerschaft für sich zu gewinnen – und zu mobilisieren.

Was hat der Staat – oder die Politik – versäumt, dass sich eine solche Melange von Extremen und Bürgern bilden kann?

VORLÄNDER: In Sachsen hat der Staat sicher zu lange zugeschaut: Die NPD war im Landtag, schon vorher gab es in Ostsachsen beispielsweise junge, rechtsextreme Kameradschaften. Inzwischen gibt es viele Maßnahmen und Programme; aber sie greifen noch nicht überall.

Wenn Bürger sich nicht mehr vor Extremisten scheuen – kann man sie dann noch zurückholen?

VORLÄNDER: Mit solchen, denen die Politik nicht gefällt, die sich zurückgesetzt oder nicht repräsentiert fühlen, versucht der neue sächsische Ministerpräsident ins Gespräch zu kommen. Er geht in den letzten Winkel Sachsens, um mit den Bürgern über ihre Probleme zu reden. Die Gewaltbereiten dagegen sind weitgehend immun gegen Dialog. Vielleicht helfen Maßnahmen der Gewaltprävention, auch Fanbe-



Hans Vorländer ist geschäftsführender Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der TU Dresden. Foto: dpa

Wer demonstrierte in Chemnitz?

Chemnitz. Zwei Tage hintereinander geben Rechtsextreme und Hooligans im sächsischen Chemnitz den Ton an. Auslöser ist der Tod eines 35 Jahre alten Mannes am Rande des Stadtfestes. Die Stimmung ist aufgeheizt.

Wer hat sich an der Demonstration der rechten Gruppen beteiligt? Rund 6000 Menschen kamen zu dem Aufmarsch am Montag – viel mehr als erwartet. Für die Demo sei in Hooliganskreisen bundesweit mobilisiert worden, teilt der sächsische Verfassungsschutz mit. Neben Rechtsextremen aus ganz Sachsen kamen Demonstranten aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen, Berlin und Brandenburg nach Chemnitz. Die „scharfe Aggressivität“ der Hooligansgruppen habe das Geschehen bestimmt. Es seien aber auch ganz normale Bürger auf der Straße gewesen.

Wie haben die Hooligans so schnell so viele Teilnehmer mobilisiert?



Aufgeheizte Stimmung: Zu Beginn der Vorkommnisse war die Polizei noch präsent, später musste sie den Rechten das Feld überlassen. Foto: dpa

treuung in und um die Fußballvereine. Und wenn das nicht hilft, müssen eben polizeiliche und justizstaatliche Mittel eingesetzt werden.

Wer geht eigentlich auf die Straße: Leute, die überhaupt keine Demokratie wollen? Oder solche, die sie nur anders haben wollen?

VORLÄNDER: Ich bin mir gar nicht sicher, ob die Leute wirklich wissen, was Demokratie ist. Es ist natürlich legitim zu demonstrieren – aber es gibt demokratische Spielregeln: Gewaltfreiheit, Respekt, Toleranz. Das muss den Menschen wieder vermittelt werden. Und denen, die dafür nicht mehr empfänglich sind, muss man sagen: Du musst mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Ist der Osten dem Westen in Sachen Bindung an die Demokratie so weit hinterher, wie der Westen das glaubt?

VORLÄNDER: Im Osten ist immer noch eine gewisse Erbschaft der DDR zu bewältigen: Nicht nur, aber auch in Sachsen fehlt eine star-

ke Zivilgesellschaft, die für die demokratische Verwurzelung sorgt. Und auch das Verhältnis zur Politik ist DDR-geprägt: Einerseits erwartet man von ihr viel, andererseits traut man ihr nicht so richtig. Natürlich gilt das nicht für alle in Ostdeutschland; aber ganz sicher für die, die ihre Empfindlichkeiten, ihre Wut und ihren Zorn sehr lautstark auf die Straßen bringen. Wenn man die Wahlergebnisse der letzten Jahre als Indikator nimmt, dann sind das 15 bis fast 30 Prozent.

Die Politik liebt Punkte-Pläne. Ein Drei-Punkte-Plan für die Demokratie und gegen den Rechtsextremismus?

VORLÄNDER: Erstens: Probleme adressieren. Es geht um den ländlichen Raum, wo in den letzten 30 Jahren die Versorgung mit allem, was wichtig ist, immer schlechter geworden ist: Lehrer, Ärzte, öffentlicher Transport, natürlich auch Arbeit. Die Veränderungen im Osten waren und sind enorm – und darunter haben viele Menschen gelitten. Es muss investiert werden in die Entwicklung

dieser Peripherie. Das Zweite: Es sind sehr deutlich die Anstrengungen in der politischen Bildung zu erhöhen. Und das ist vor allem eine Aufgabe für die Schulen – besonders dort, wo sich soziale Brennpunkte herausentwickelt haben: auf dem Land und an den Rändern der großen Städte. Man braucht junge Lehrer; gerade in Sachsen ist die Überalterung ein großes Problem. Und das Dritte: Haltung zeigen. Für die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit eintreten und ganz klare Grenzen ziehen. Man kann große politische Differenzen haben – aber man muss wissen, was die demokratischen Regeln sind. Und da darf man nicht schwanken. Vor allem nicht von politischer Seite.

Die Politik hat also Nachholbedarf?

VORLÄNDER: Ich denke schon. Die Politik in Sachsen hätte früher reagieren müssen – aber man hat gedacht, das Problem löst sich von alleine. Dass es sich nicht von alleine gelöst hat, das kann man jetzt besichtigen.

„Schrecklich alltäglich“: Was die Presse im Ausland schreibt

Frankfurt. Die Ausschreitungen in Chemnitz beschäftigen auch Kommentatoren im Ausland. Einige Pressestimmen im Überblick:

■ **„Der Standard“ (Wien):** „Wer an Sachsen denkt, dem fallen auch noch rasch Heidenau, Clausnitz und Freital ein, wo ebenfalls der rechte Mob wütete – und immer weniger touristische Höhepunkte wie die Semperoper in Dresden oder die Bastelferien. Die Sachsen seien „immun“ gegen Rechtsradikalismus, hat der frühere Ministerpräsident Kurt Biedenkopf einmal gesagt. ... Es wäre jetzt Zeit für klare Worte aus der sächsischen CDU. Schweigen und sich ducken – aus Angst vor der AfD – ist ein falscher und schändlicher Weg.“

■ **„Tages-Anzeiger“ (Zürich):** „Angriffe von Rechtsextremen auf Ausländer sind in Deutschlands Osten schrecklich alltäglich. Besonders an dem Vorfall von Sonntag sind vor-

Warnung an Reporter

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) rät bei der Berichterstattung über die Demonstrationen in sächsischen Städten zu Vorsicht. Anlass sind die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Chemnitz, bei denen auch Journalisten von rechtsextremen Demonstranten bedroht worden seien. Beobachtern zufolge habe sich seit Beginn der Krawalle in Chemnitz am Wochenende das Aggressionspotenzial weiter gesteigert. „Journalisten müssen wissen, dass sie von gewaltbereiten Rechtsextremen als Gegner und nicht als unparteiische Beobachter gesehen werden“, so der Bundesvorsitzende Frank Überall. „Das muss auch den Polizeieinsatzkräften klar sein, zu deren Aufgaben es auch gehört, Journalisten die Berichterstattung zu ermöglichen.“ Überall äußerte die Hoffnung, dass die Polizei aus den Fehlern der vergangenen Wochen gelernt habe. *kna*

Anzeigen wegen Kirchenasyl

Bad Kreuznach. In Rheinland-Pfalz eskaliert erneut ein Streit um das Kirchenasyl. Die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach bestätigte, dass der Rhein-Hunsrück-Kreis in insgesamt neun Fällen Strafanzeigen gegen Verantwortliche aus Kirchengemeinden gestellt habe, die Kirchenasyl gewähren. Die Ermittlungsbehörde werde in den kommenden Tagen entscheiden, ob sie ein Strafverfahren einleite, sagte Oberstaatsanwalt Kai Fuhrmann. Auch die ins Kirchenasyl aufgenommenen Flüchtlinge seien wegen illegalen Aufenthalts angezeigt worden. Die „Rhein-Zeitung“ meldete, schon im Juni sei ein Versuch der Kreisverwaltung gescheitert, ein Kirchenasyl im Rhein-Hunsrück-Kreis per Polizeieinsatz aufzulösen. *epd*

Ministerin tritt zurück

Potsdam. Im Pharmaskandal um gestohlene Krebsmittel hat Brandenburgs Gesundheitsministerin Diana Golze ihren Rücktritt erklärt. Es gab „strukturelle und organisatorische Mängel, für die letzten Endes die Ministerin die politische Verantwortung zu tragen hat“, erklärte die Linke-Politikerin. Die Brandenburger Firma Lunapharm soll in Griechenland gestohlene, womöglich unsachgemäß gelagerte und deshalb unwirksame Krebsmedikamente an Apotheken und Großhändler geliefert haben. Nach dem Untersuchungsbericht einer Expertenkommission hätten die Behörden bereits im Februar 2017 eingreifen müssen. *dpa*

Salvini erwartet bald Abkommen

Mailand. Der italienische Innenminister Matteo Salvini hat bestätigt, dass Italien und Deutschland Fortschritte bei einem Abkommen zur Rückführung von Flüchtlingen machen. Italien komme es aber darauf an, dass es dadurch „keinen Migranten mehr“ aufnehme als ohnehin schon im Land seien, sagte der Chef der rechten Lega gestern nach einem Treffen mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán in Mailand. Laut Bundesinnenminister Horst Seehofer will Italien von der deutsch-österreichischen Grenze nur so viele Asylbewerber zurücknehmen, wie Deutschland aus italienischen Häfen aufnimmt. *dpa*

Kirche bringt 100 Flüchtlinge unter

Rom. Die 100 Flüchtlinge von Bord der „Diciotti“, die von Sizilien aus nach Rom unterwegs sind, werden nun doch zunächst in einem Heim in Rocca di Papa südöstlich der Hauptstadt untergebracht. Das bestätigte der katholische Heimbetreiber „Auxilium“, der nach Kirchenangaben für die Aufnahme zuständig ist, am Dienstagmorgen. Zunächst waren dort weder eine Bestätigung noch weitere Auskünfte zu erhalten. Medienberichten zufolge sollen die Migranten von der Einrichtung in Rocca di Papa aus später auf mehrere italienische Diözesen verteilt werden. *kna*

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführung: Dr. Max Rempel und Daniel Schöningh
Chefredaktion: Dr. Max Rempel, Matthias Thiele, Joachim Braun, Tobias Köpplinger (Leiter Digitales)
Chef vom Dienst: Peter Schmitt
Leiter Newstext: Simone Wagenhaus, Sven Weidlich, Thomas Schwarz
Die verantwortlichen Redakteure: Polilik: Dr. Dieter Sattler, Die letzte Seite: Pia Roff; Rhein-Main & Hessen: Christiane Warnecke; Wirtschaf: Michael Balk; Kultur und Service: Michael Kluger; Sport: Kerstin Schellhaus.
Redaktion und Verlag: Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse: Frankfurter Allee 71-81, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten. Telefonnummer: (0 69) 75 01-0, Fax: (0 69) 75 01-42 92. E-Mail: redaktion@fmp.de; internet: www.fmp.de
Anzeigen: Dr. Thomas Baumann, Achim Pflüger; Anzeigenverkauf: RheinMainMedia GmbH, Postfach 200221, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummer (0 69) 75 01-3336, Telefax: (0 69) 75 01-41 05. Anzeigenpreise laut RheinMainMedia-Anzeigenpreisliste Nr. 23, gültig vom 1. Januar 2018; E-Mail-Adresse: service@rheinmainmedia.de, im internet unter: http://www.rheinmainmedia.de
Vertrieb: Monatsbezugspreis: 44,95 Euro (einschließlich Zustellerlohn und Postgebühren 7 % MwSt.); E-Paper/App 28,95 Euro (incl. 19% MwSt.). Zur Auslieferung des Abonnements werden, soweit erforderlich, Abonentendaten an spezielle Dienstleistungsunternehmen wie die Medienservice GmbH und Co. KG und Zustellpartner weitergegeben. Siehe auch www.fmp.de/abo.
Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4-6, 65546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnummer: (0 61 05) 98 5-0, Telefax: (0 61 05) 98 3-52 03, Internet: www.fs-druckerei.de
Bankverbindungen: Deutsche Bank, IBAN: DE43 5007 0010 0092 7228 00, BIC: DEUTDE33; Commerzbank, IBAN: DE44 5008 0000 0290 0075 00, BIC: COBADE33; Frankfurter Sparkasse, IBAN: DE76 5005 0201 0000 3550 54, BIC: HELADEF122; Frankfurt Volksbank, IBAN: DE20 5019 0000 6200 0139 54, BIC: FVBDFE33; Postbank, IBAN: DE81 5001 0060 0051 1346 01, BIC: PBNKDE33.
Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandene Manuskripte, Fotos und Zeichnungen. Täglich mit „Kultur und Service“.
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Koalition verständigt sich über Rentenfragen

Spitzentreffen Führende Politiker von Union und SPD beraten spätabends im Kanzleramt über Sozialpaket

Die erste Hürde im Ringen um ein umfassendes Sozialpaket scheint genommen. Regelung gibt es auch beim CSU-Thema Mütterrente. Weitere Schritte sind noch offen.

Berlin. Zwischen Union und SPD hat sich gestern Abend eine Einigung auf ein umfassendes Rentenpaket abgezeichnet. Es könnte schon an diesem Mittwochvormittag (09.30 Uhr) im Kabinett behandelt werden, wie dpa unter Berufung auf Teilnehmerkreise meldete. Offen blieb demnach, wie weit der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden soll.

Dem Vernehmen nach hat es auch eine Verständigung bei der Mütterrente gegeben. So sollten nun alle Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, zusätzlich einen halben Rentenpunkt bekom-

men. Davon könnten dann mehr Mütter profitieren. Bisher war geplant, dass nur Mütter, die drei und mehr Kinder vor 1992 geboren haben, einen ganzen Rentenpunkt angerechnet bekommen sollen. In diesem Punkt hat sich ganz offensichtlich Sozialminister Hubertus Heil (SPD) durchgesetzt.

Niveau soll bis 2025 halten

Das Rentenpaket sieht zudem Verbesserungen für Bezieher von Erwerbsminderungsrente vor. Zugleich soll das aktuelle Rentenniveau von 48 Prozent bis 2025 stabilisiert werden. Das bedeutet, dass eine Standardrente nach 45 Beitragsjahren nicht unter 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsverdienstes sinkt. Der Beitragssatz soll nicht über 20 Prozent steigen.

Unabhängig davon gibt es weiter Streit über längere Rentengarantien



Merkel fährt zur Spitzentrunde im Kanzleramt ein. Foto: dpa

bis 2040. Nach einem Vorstoß von Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) fordert die SPD eine Debatte darüber. Die Union lehnt dies ab und will Vorschläge der Rentenkommission abwarten.

Am Dienstagabend trafen zunächst Bundeskanzlerin Angela

Merkel und SPD-Chefin Andrea Nahles zu Beratungen zusammen.

Danach kamen Vizekanzler Olaf Scholz (SPD), CSU-Chef Horst Seehofer, Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt dazu. Auch Heil sollte teilnehmen.

Merkel, Scholz und Seehofer hatten bereits am Samstag darüber beraten.

Beim Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird in der Union eine Absenkung um 0,6 Prozentpunkte auf 2,4 Prozent zum 1. Januar 2019 gefordert. Im Koalitionsvertrag sind 0,3 Punkte vereinbart. Heil ist unter Umständen bereit, weiter abzusinken. Zuletzt hieß es, die Senkung könnte auf 0,5 Prozentpunkte hinauslaufen.

Höherer Pflegebeitrag?

Hintergrund des Ringens um eine stärkere Senkung ist auch, dass der Pflegebeitrag ebenfalls zum 1. Januar deutlicher angehoben werden soll als die bisher vorgesehenen 0,3 Punkte. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat eine Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte angekündigt. *dpa*